



# Barthle-Brief

Nr. 33

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

3.7.2015

Thema der Woche:

## „Kompromiss nicht um jeden Preis!“

### Bundeskanzlerin Merkel rückt Stabilität der Euro-Zone in den Vordergrund

Griechenland war auch in dieser, wahrscheinlich letzten Sitzungswoche vor der parlamentarischen Sommerpause das entscheidende Thema im Deutschen Bundestag. Indem die griechische Regierung die Verhandlungen mit den Institutionen und damit auch mit der Eurogruppe abgebrochen und völlig überraschend ein Referendum angekündigt hat, steht Europa, aber eben auch die griechische Bevölkerung vor einer schwierigen Situation.

In seinem wöchentlichen Bericht an die CDU/CSU-Fraktion greift Volker Kauder die zähen Verhandlungen in Brüssel auf, bei denen gerungen wurde, um für Griechenland eine Lösung zu finden, die mit den Regeln Europas vereinbar ist, und kommt zu dem Schluss: „Die griechische Regierung hat aber offensichtlich immer darauf gesetzt, Geld zu erhalten, ohne Verpflichtungen erfüllen zu müssen. Dass dies nicht gehen wird, musste der Regierung schon im Hinblick auf die Grundsätze des IWF klar sein. Es geht hier nicht um die Frage von Schuld. Es geht aber sehr wohl um die Frage der Verantwortung. Und da hat Griechenland die Verantwortung für die jetzt entstandene Lage zu tragen, weil die Regierung in Athen die Verhandlungen abgebrochen hat. Ein völlig unverständlicher Vorgang.“

Aufgrund der nunmehr entstandenen Situation kam es an diesem Mittwoch im Deutschen Bundestag zur vereinbarten „Debatte zur Situation nach dem Auslaufen des Finanzhilfeprogramms für Griechenland“. Die Bundeskanzlerin hat griechischen Forderungen nach bedingungslosen Finanzhilfen in dieser Debatte eine klare Absage erteilt. Angela Merkel sagte, im Streit zwischen der Regierung in Athen und den restlichen 18 Mitgliedern der Euro-Zone

könne es „keinen Kompromiss um jeden Preis“ geben. Vielmehr müsse man darauf achten, dass „die Stabilität der Euro-Zone keinen Schaden nimmt“. Gleichzeitig betonte Merkel, dass die Tür für Gespräche offen bleibe. „Das sind wir den Menschen schuldig, und das sind wir auch Europa schuldig.“ Europa sei eine Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft, betonte die Kanzlerin. Hier gelte das Prinzip Solidarität und Eigenverantwortung, Leistung und Gegenleistung. An die Adresse der Opposition gerichtet sagte sie, gute Europäer seien nicht diejenigen, die Kompromisse um jeden Preis schlossen, sondern diejenigen, die europäische Verträge und nationales Recht achteten und so für Stabilität in der Euro-Zone sorgten.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble erinnerte daran, dass die EU-Partner Griechenland schon in erheblichem Maße bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise geholfen haben. Die beiden seit 2010 gewährten Hilfspakete umfassten 240 Milliarden Euro, und der Privatschuldenschnitt 2012 habe einen Umfang von 100 Milliarden Euro gehabt. Bei der Erfüllung der Reformzusagen, die Teil der Pakete waren, forderte er von der griechischen Regierung Verlässlichkeit. „Man muss einhalten, was man vereinbart hat“, sagte er. Sonst werde das Vertrauen in die Euro-Zone untergraben.

Merkel sprach ausdrücklich auch die Nöte der Menschen in Griechenland an: „Sie sind ein stolzes Volk und haben harte, sehr harte Tage zu bewältigen.“ Dafür könne aber nicht die Euro-Zone verantwortlich gemacht werden. Tatsache sei, dass die griechische Regierung am vergangenen Wochenende unter Ankündigung eines Referendums die Verhandlungen mit der Euro-Gruppe und dem IWF verlassen habe,

woraufhin das zweite Hilfspaket am Dienstag ausgelaufen sei. Damit sei den Vorschlägen, die auf dem Verhandlungstisch lagen, die Grundlage entzogen. „Wir warten jetzt das Referendum ab“, erklärte Merkel. Bis zu der Volksabstimmung, die für Sonntag angesetzt ist, verhandle die Euro-Gruppe nicht über ein neues Hilfsprogramm, um das die griechische Regierung inzwischen gebeten hat. Sollte es später zu solchen Verhandlungen kommen, müsse nach den Regularien des Rettungsschirmes ESM auch der Bundestag der Regierung ein Mandat dafür erteilen, stellte Merkel unter großem Beifall der Abgeordneten klar. Ein Referendum abzuhalten sei das legitime Recht der griechischen Regierung – wann, worüber und mit welcher Wahlempfehlung auch immer, sagte die Kanzlerin. Genauso hätten aber auch die anderen 18 Regierungen der Euro-Zone das Recht, ihrerseits eine Haltung festzulegen. Dabei müssten sie das „Wohl und Wehe“ der Währungsunion als Ganzes im Blick haben.

ten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️ Kurznachrichten 🗳️

### Bundeshaushalt 2016 ohne neue Schulden

Das Bundeskabinett hat an diesem Mittwoch den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016 und den Finanzplan bis 2019 beschlossen. Dabei wird die „schwarze Null“, also der Haushaltsausgleich ohne Neuverschuldung, bis 2019 fortgeschrieben.

Ich freue mich wirklich: Der heutige Kabinettsbeschluss stellt einen weiteren Meilenstein für solide Staatsfinanzen und Wachstum in Deutschland dar. Konsolidieren sowie gleichzeitig gezielt entlasten bzw. fördern und in die Zukunft investieren sind keine Gegensätze.

Hintergrund: Allein für die Jahre 2016-2018 sind 10 Milliarden Euro für wichtige Zukunftsinvestitionen veranschlagt. Darüber hinaus erhöhen sich die Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit im Zeitraum 2016 bis 2019 um mehr als 8 Milliarden Euro. Auch berücksichtigt der Etatentwurf verschiedene familienpolitische Leistungen wie beispielsweise die Anhebung der steuerlichen Freibeträge für Kinder und Erwachsene sowie die Erhöhung von Kindergeld und Kinderzuschlag.

Zudem wird die steuerliche Entlastung im Zusammenhang mit der Beseitigung der Kalten Progression umgesetzt.

Inwieweit im kommenden parlamentarischen Verfahren zum Bundeshaushalt 2016 noch weitere gezielte Schwerpunktsetzungen vorgenommen werden können, wird sich zeigen. Ausgabenerhöhungen ohne Gegenfinanzierung sind jedoch mit uns nicht zu machen. Denn gerade die gegenwärtige Griechenlandkrise zeigt die Bedeutung solider Staatfinanzen.

### Regelung der Sterbebegleitung

Die Frage, wie rechtlich mit der Beihilfe zur Selbsttötung umzugehen ist, beschäftigt den Deutschen Bundestag schon seit einiger Zeit. In dieser Wahlperiode haben sich die Fraktionen darauf verständigt, diese Frage zur Entscheidung zu bringen.

Die entsprechenden Gruppenanträge dazu lagen nun vor und gingen in dieser Woche in die erste Lesung. An diesem Donnerstag hat die Plenarsitzung des Deutschen Bundestags mit der zweistündigen ersten Beratung der vier Gruppenentwürfe zum Thema Sterbebegleitung begonnen. Über die Gesetzentwürfe, die aus den Reihen der Abgeordneten erarbeitet worden sind, soll im Herbst ohne Fraktionszwang abgestimmt werden. Der Bundestag hatte am 13. November 2014 erstmals in einer so genannten Orientierungsdebatte über das Thema Sterbebegleitung beziehungsweise Sterbehilfe diskutiert.

Vier fraktionsübergreifende Gruppen von Abgeordneten haben Gesetzentwürfe vorgelegt: eine Gruppe um die Abgeordneten Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Petra Sitte (Die Linke) und Kai Gehring (Bündnis 90/Die Grünen) nennt ihren Gesetzentwurf „über die Straffreiheit der Hilfe zu Selbsttötung“.

Eine weitere Gruppe um die Abgeordneten Patrick Sensburg, Thomas Dörflinger, Peter Beyer und Hubert Hüppe (alle CDU/CSU) hat einen Entwurf „über die Strafbarkeit der Teilnahme an einer Selbsttötung“ eingebracht.

Die dritte Gruppe um Bundestagsvizepräsident Peter Hintze (CDU/CSU), Carola Reimann, Karl Lauterbach und Burkhard Lischka (alle SPD) hat ihren Entwurf „zur Regelung der

ärztlich begleiteten Lebensbeendigung“ beteiligt.

Der Gesetzentwurf der vierten Gruppe um die Abgeordneten Michael Brand (CDU/CSU), Kerstin Griese (SPD), Kathrin Vogler (Die Linke) und Harald Terpe (Bündnis 90/Die Grünen) bezieht sich auf die „Strafbarkeit der geschäftsmäßigen Förderung der Selbsttötung“.

Ich selbst habe mich diesem vierten Gesetzentwurf angeschlossen, da er eine vermittelnde Position einnimmt.

Die zweite und dritte Lesung der Gruppenanträge wird in diesem Herbst stattfinden. Der gewählte Zeitplan ermöglicht es allen Abgeordneten, diese wichtige ethische Frage mit dem angemessenen Ernst und vor allem in Bewusstsein der Sorgen der unheilbar Kranken in unserem Land in Ruhe und mit Würde zu führen.

### Energiepolitische Weichenstellungen

Die Parteivorsitzenden der Koalitionsfraktionen haben sich in der Nacht auf Donnerstag auf Eckpunkte für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende verständigt.

Die Ergebnisse des gestrigen Koalitionsgesprächs sind eine gute Grundlage für die Bewältigung der vor uns liegenden energiepolitischen Herausforderungen. Nun gilt es, diese Eckpunkte zügig umzusetzen. Besonders zu begrüßen ist, dass der klimapolitisch kontraproduktive, volkswirtschaftlich schädliche und unsoziale Vorschlag einer Klimaabgabe nun endgültig vom Tisch ist. Denn die deutsche Energiewende kann nur dann zum Vorbild für andere Länder werden, wenn sie den Wirtschafts- und Industriestandort stärkt und keine Arbeitsplätze vernichtet, wie dies bei der Klimaabgabe der Fall gewesen wäre. Es ist daher richtig, zur Erreichung unserer Klimaziele auf alternative und effizientere Instrumente zu setzen, insbesondere den Ausbau der hocheffizienten und klimaschonenden Kraft-Wärmekopplung.

Die Beschlüsse sprechen eine deutliche Sprache: Versorgungssicherheit hat oberste Priorität. Der Strommarkt wird daher gestärkt und der Netzausbau zusammen mit den Bürgern vorangetrieben. Denn der schnelle Ausbau der

erneuerbaren Energien ist nur dann sinnvoll, wenn auch der Netzausbau voranschreitet und konventionelle Kraftwerke als Partner zur Verfügung stehen. Es ist gut, dass wir auch unser Engagement im Bereich der Energieeffizienz weiter ausbauen. Denn dadurch werden, anders als bei Gabriels Klimaabgabe, Wertschöpfung und nachhaltige Fortschritte für mehr Klimaschutz geschaffen. Nun werden wir die Beschlüsse nach der Sommerpause zügig umsetzen. Dabei ist Leitlinie für uns, dass alle Maßnahmen auch wirtschaftlich sinnvoll sein müssen, damit der Stromverbraucher nicht noch weiter über Gebühr belastet wird.

### Zitat

„Ehrlich gesagt, und das meine ich so, wie ich sage: Ich bin nicht mehr in der Lage, das Verhalten der griechischen Regierung zu dechiffrieren.“

*(Außenminister Frank-Walter Steinmeier auf die Frage, wie er die Situation in Griechenland bewertet)*